

ALBSTADT

DRUCKSACHE

Nr. 089/2023

Amt für Familie, Bildung, Sport und
Soziales
Ilch, Andreas
31.05.2023

Betrifft: Sozialer Dienst in Albstadt - Jahresbericht

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Ö/NÖ	Zuständigkeit	Ergebnis
Ausschuss für Soziales, Kultur, Schule und Sport	15.06.2023	Ö	Kenntnisnahme	

Beschlussvorschlag

Der Bericht des Sozialen Dienstes zu seiner Tätigkeit wird zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen

FINANZIERÜBERSICHT			Stand 31.05.2023
zur Drucksache		Amtskennziffer	
	konsumtiver Vorgang / investive Maßnahme	Budget	
konsumtiver_Vorgang	3180		
weitere Erläuterungen zum Vorgang / zur Maßnahme:	Sozialer Dienst		
Gesamtmaßnahme (2023 - 20xx)			
Einnahmen			
Ausgaben			
laufendes Haushaltsjahr		voraussichtliche Ein-/Auszahlungen lt. Drucksache	
Einnahmen			
Ausgaben			
Über- / außerplanmäßige Ausgaben			
Haushaltsmittel/Mittelabfluss			0 €
davon bereits abgeflossen			
darüberhinaus bereits beauftragt/reserviert			
Haushaltsmittel/Mittelabfluss	0 €		0 €
Haushaltsmittel:			
stehen zur Verfügung			nein
Deckungsvorschlag:			
Verwendung aus Budget	0	0 €	
Einsparungen im Ämterbudget		0 €	
Sonstige	Mehrerträge/-einzahlungen		

Sachverhalt

Der Soziale Dienst der Stadtverwaltung Albstadt, wurde im April 2019 durch Frau Andres-Reischle mit einer 50 % Stelle besetzt und im Oktober 2022 mit der Besetzung durch Frau Dreiszas um 50 % aufgestockt.

Der Soziale Dienst hat den Auftrag für BürgerInnen erste Anlaufstelle zu sein, um in schwierigen Lebenslagen den individuellen Bedarf zu ermitteln, anschließend über Hilfemöglichkeiten aufzuklären und ggf. an Kooperationspartner oder entsprechende Unterstützung leistende Institutionen weiterzuvermitteln.

Im ersten Jahr stand die Vernetzung mit den sozialen und caritativen Einrichtungen und bestehenden Beratungsstellen in Albstadt und im Zollernalbkreis im Mittelpunkt der Arbeit.

Im zweiten Jahr konnte diese Vernetzung weiter ausgebaut werden. Der Bekanntheitsgrad nahm überdies in der öffentlichen Wahrnehmung zu. Das Beratungsangebot wurde vermehrt von den Betroffenen, Angehörigen, aber auch anderen Institutionen für die unterschiedlichsten Anfragen und Problemlagen in Anspruch genommen.

Dabei wurde eine deutliche Zunahme von Fällen festgestellt, bei denen eine längerfristige Begleitung notwendig wurde.

Hierbei traten oft mehrere Problemlagen zutage, sodass zuerst das Vertrauen der Menschen gewonnen werden musste, um eine Basis für eine begleitende Unterstützung zu schaffen.

Die Betroffenen müssen über Hilfsangebote aufgeklärt und in ihrer Selbsthilfe unterstützt werden, um sich für Angebote öffnen und entsprechende Entscheidungen treffen zu können. Die Unterstützung der KlientInnen basiert auf Freiwilligkeit und setzt deren Willen zur Veränderung voraus.

Die individuelle Klärung bindet oft enorme zeitliche Ressourcen, sodass der Soziale Dienst – zu diesem Zeitpunkt nur mit einer 50 % Stelle besetzt – an seine Grenzen kam. Um den Bedarfen der Betroffenen gerecht zu werden, wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 15.07.2021 daher die Aufstockung der Stelle um 50 % für drei Jahre beschlossen.

Die Finanzierung der Stellenaufstockung erfolgt über das Sondervermögen Roll.

Durch die Aufstockung wird die Vertretung in Urlaubs- und Krankheitsphasen und allgemein die Erreichbarkeit auch während Hausbesuchen ermöglicht. Darüber hinaus können Hausbesuche bei Erstbesuchen und in schwierigen oder komplexen Einzelfällen zu zweit erledigt werden, was auch dem Sicherheitsgedanken zu Gute kommt.

Die Netzwerkarbeit und der Austausch mit anderen Institutionen konnte merklich intensiviert werden.

Die Zusammenarbeit mit der Unterbringungsbehörde im Haus in Bezug auf die Betreuung und Begleitung von Obdachlosen konnte intensiviert werden.

Der Austausch der MitarbeiterInnen des Sozialen Dienstes untereinander erzeugt Synergien und ein zusätzliches Potenzial an Wissen. Unterschiedliche Herangehensweisen ermöglichen einen flexibleren Umgang auch mit schwierigem Klientel.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Beratungsaufkommen– insbesondere seit dem Jahr 2022 – deutlich zugenommen hat. Auslöser waren und sind u.a. die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg, die Energiekrise und der weiterhin angespannte Wohnungsmarkt. Es entsteht durch die Überlastung bei den Sozialleistungsträgern und anderen Beratungsstellen ein erhöhter Unterstützungsbedarf in der Bürgerschaft.

Im ersten Halbjahr 2023 wurden bereits mehr Beratungen durchgeführt als im gesamten Jahr 2021.

Die MitarbeiterInnen werden die Situation in den letzten 1 ½ Jahren darstellen und um Fallbeispiele ergänzen.

Die Vorstellung der Arbeit der „Integrationsbeauftragten“ erfolgt im Herbst im SKSS.